

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schreibleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtlet 20 Pf. Anzeigenannahme am Freitag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostasse Nebrä — Bankverein Atern.

Nr. 34

Donnerstag, den 19. März 1931.

44. Jahrgang

Dr. Brüning über Handwerksfragen.

Oberminister der Reichsregierung.
In Berlin hielt Reichsminister Dr. Brüning vor weitläufiger Obergewerkschaft in Berlin und der Markt eine sehr wichtige Rede, in der er anfangs auf die Folgen der Nationalisierung hingewiesen wurde, dann aber er fort:

Die Reichsregierung sieht auf dem Standpunkt, vor sich schon von ihren Vorgängern immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Reparationen auf die Dauer untragbar sind. Man kann aber erst in eine Revision der Reparationszahlungen heraustreten, wenn es gelungen ist, das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Um dies zu erreichen, muß eine strenge und ehrliebe Politik getrieben werden.

Auch wenn wir heute keine Reparationen mehr zu zahlen hätten, wären wir zu genau so schwerwiegenden Maßnahmen gezwungen, wie jetzt. Man hat in Deutschland in Zeiten der Hochkonjunktur den schweren Fehler gemacht, viel Geld in die öffentliche Hand zu stecken, die mit diesen Mitteln jedoch keine planmäßige Wirtschaft betrieb hat.

Einen schweren Mißgriff bedeutete es, daß bereits auf die Hauptsteuer für 1933 vorgegriffen wurde, so daß heute ein schlechter Zeit und ungeschicklich und für die nächste Zeit der Bauplatz nicht belebt werden kann.

Weiter betonte Dr. Brüning, daß es eine der Hauptaufgaben sei, alles daran zu setzen, die Verhältnisse im Handwerke in Ordnung zu bringen. Gelänge es, jetzt im Reichstag die notwendigen Mittel schnell zu beschaffen, dann würde auch wieder die Wirtschaft gehoben sein. Kredite zu bekommen, durch die dem Handwerke zu helfen sei. Notwendig ist es dabei, die Entlastung der Banken voranzubringen.

Man könne auch nicht auf die Dauer durch Zölle die Zahlungsmittel verteuern, so daß die Verbraucher nicht bezahlen könne. Die Folge sei, daß trotz Zöllen die Preise bis auf ein erdächtliches Maß sinken würden. Es sei bei allen Wirtschaftsprüfung notwendig, sich der Konsumkraft der gesamten Bevölkerung anzupassen.

Zu begrüßen sei, daß in der schweren Zeit das deutsche Handwerk aus eigener Kraft den Schwerezeiten begegnen will. Das Handwerk habe einen schweren Stand. Das Streben, durch Selbsthilfe wieder in die Höhe zu kommen, verdient die Anerkennung und Unterstützung der Reichsregierung.

Deutscher Reichstag.

Reichsarbeitsministerium und Auswärtiges Amt.

Berlin, 17. März.

Der Reichstag sah am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort.

Abg. Frau Böhm-Schön (Soz.) erörtert die besondere Notlage der jugendlichen Erwerbslosen. Sie ist nicht wahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter weit hinter dem der meisten anderen Länder zurückbleibe. Dieser Trugschluß ist zurückzuführen auf die großen Konstruktionsfehler der Statistik des Internationalen Arbeitsamts. Das Märchen vom deutschen Lohn Dumping werde dadurch gefördert.

Abg. Frau Eißner (D. Vp.) verlangt größere Fürsorge für die werdenden Mütter. Die Kleinrentnerfürsorge sollte verbessert werden.

Abg. Thiel (D. Vp.) führt aus, daß die Sanierung notwendiger Zwecke der Sozialversicherung nicht durch den Zugriff auf die Rücklagen der Angestelltenversicherung geschehen dürfe.

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen ein neuer Antrag eingegangen, der für Zwecke der Kinderpeinigung drei Millionen fordert und die Deckung aus der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer vorschlägt.

Abg. Funk (Komm.) macht die Bergbehörden und das Arbeitsministerium für die letzten Grubenkatastrophen verantwortlich. Sein Fraktionskollege Schreiber verurteilt die Erhöhung der Mittel für die Wohnhilfe.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Die Abstimmungen werden zurückgestellt. Es folgt die

zweite Beratung des Auswärtigen Amtes.

Verbanden damit ist die Beratung zahlreicher Vorlagen.

Dr. Schöner (D. Vp.) weist als Ausschuß-Berichterstatter darauf hin, daß der Etat des Auswärtigen Amtes gegenüber um 7,4 Prozent gesenkt worden sei. Leider hätten darunter auch die Mittel für notwendige deutsche Kulturaufgaben im Ausland gelitten. Die deutsche auswärtige Arbeit ist trotzdem noch reichlich hoch und muß weiter gefördert werden. Die Gehälter dürfen freilich nicht so weit gekürzt werden, daß nur noch Leute mit großem Privatvermögen die diplomatische Laufbahn einschlagen können.

Reichsausschussminister Dr. Curtius spricht über Verwaltungsfragen. Im Auswärtigen Amt sei die Sparpolitik nachdrücklich durchgeführt worden. Die Abwärmassnahmen seien noch immer nicht abgeschlossen. Das Schlagwort von der Ueberbesetzung der deutschen Missionen im Ausland ist nicht berechtigt. Immerhin werde auch auf

diesem Gebiet weiter an einer Verbesserung der Organisation gearbeitet.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) wünscht eine Durchdringung der Arbeit der deutschen Missionen im Ausland mit dem Geist der deutschen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, so daß jeder Beamte dieser Missionen auch als Exponent der deutschen Wirtschaft im Ausland gelten kann. In der Betreuung der deutschen Minderheiten im Ausland darf nicht nachgelassen werden.

Abg. Söder (Komm.) hält es für notwendig, nicht nur auf Verwaltungsfragen, sondern auf die aktuellen Probleme der Außenpolitik einzugehen. Die Beziehungen, Deutschland wieder mit Kolonien zu belegen, verdienen die höchste Zurückweisung, denn die Kolonialpolitik belaste das Volk zu jenen kleiner Kapitalistengruppen.

Abg. Sachjenberg (Wirtschaftsp.) erklärt, daß sich die diplomatischen Vertretungen Deutschlands in härteren Maße als Wirtschaftsvertretungen fühlen müßten. Die Sowjet-Union habe sowohl den Kapitalverkehr als auch den folgenden für Deutschland sehr ungünstigen deutsch-russischen Verträgen unendliche politische und wirtschaftliche Vorteile ziehen können, während Deutschland nur einen recht geringen Nutzen aus der mit dem Kapitalverkehr eingeleiteten Politik gehabt habe. Je mehr die Stärkung des russischen Staates als industrielles Erzeugerland fortschreite, desto mehr erweise es sich als ein Fehler, daß der deutsch-russische Handelsvertrag mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen für Deutschland nicht zum ersten möglichen Termin gekündigt worden sei.

Abg. Dr. Schöner (D. Vp.) widerspricht auf Grund eigener jahrelanger Erfahrungen in den deutschen Kolonien der Ansicht, daß die Kolonisierung einen Rückfall in die Barbarei bedeute. Derartige Anschauungen seien Traumgebilde internationaler Kommunisten. Im Gegenteil dränge die Kolonisierung die ursprünglich vorhandene Barbarei der Eingeborenen ab.

Abg. Abel (Volkseigenen) weist auf die großen Aufwendungen hin, die für französische und englisch-amerikanische Kulturpropaganda in der Welt gemacht werden und die nicht aus den offiziellen Etatsmitteln der beteiligten Länder genommen werden, sondern aus angeblich unabhängigen Kulturorganisationen. Das Auswärtige Amt habe heute weit mehr zu leisten als vor dem Kriege. Es sei ein Jammer, daß für diese Arbeit zu geringe Mittel zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Reinhold (Staatsp.) fordert die Regierung auf, noch vor der Beratung des Reichstags den politischen Handelsvertrag zur Ratifizierung vorzulegen. Die Rede des russischen Kriegsministers Maginot müßte der deutschen Regierung Veranlassung geben, die Kriegsschuldfrage zur internationalen Diskussion zu stellen und auf eine Revision der Kriegsschuldhaftigkeit zu drängen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärt, im Auswärtigen Amt beständen offenbar allenthalben Kanäle zu weit rechtsstehenden Kreisen, und durch diese Kanäle fließen allenthalb Indirektionen. Das kann nur geändert werden, wenn bei der Vorbildung der jungen Anwärter für den Auswärtigen Dienst mehr als bisher Wert gelegt wird auf eine Erziehung zum heutigen Staat.

Reichsausschussminister Dr. Curtius bedauert, daß von vielen Rednern über die zur Debatte stehenden Entwürfe hinaus Fragen der Außenpolitik erörtert worden seien. Er werde auf keine dieser Fragen eingehen und behalte sich vor, nach Ostern in eine neue außerpolitische Aussprache einzutreten.

Nach weiterer Debatte erfolgen die Abstimmungen.

Mißtrauensvotum gegen Curtius abgelehnt.

Zunächst wird der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsausschussminister Dr. Curtius in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wird auch der kommunistische Antrag auf Mißbilligung der Erklärung des Außenministers über eine „koloniale Wiederbesetzung Deutschlands“.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes und die dazu vom Ausschuß vorgelegten Entschlüssen werden angenommen. In zweiter und dritter Beratung werden auch die mit dem Auswärtigen Amt in der Beratung verbundenen internationalen Verträge angenommen.

Die Entschlüsselung der Wirtschaftspartei über Außenpolitik wird angenommen. Der Schiffsfahrertraktat wird dem Verkehrsamt übergeben.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

In namenhafter Abstimmung wird der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister mit 301 gegen 34 kommunistische Stimmen abgelehnt.

Eine ganze Reihe Anträge und Entschlüssen gehen an die zuständigen Ausschüsse.

Angenommen werden die Ausschluß-Entschlüsse, darunter auch die, die reichsgewerbliche Vorkurs der 18-jährigen Arbeitswoche verlangt.

Die meisten dieser Entschlüsse werden mit der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit gegen die bürgerlichen Parteien zur Annahme gebracht.

Nach Bewilligung des Arbeits-Etats in zweiter Lesung wird in zweiter und dritter Lesung der deutsch-österreichische Vertrag über Sozialversicherung angenommen.

Angenommen wird weiter eine Entschlüsselung des So-

kopolitischen Ausschusses, die eine strenge Unterdrückung der Klagen des Bergwerksunglücks auf der Grube „Schweizer-Revere“ fordert.

Nach einem weiter zur Annahme gelangten sozialdemokratischen Antrag soll den Beamten und Behörden Angehörigen die Uebernahme außerordentlicher entgeltlicher Beschäftigung grundsätzlich unterlag werden mit Ausnahme von wissenschaftlicher, literarischer und kunstschöpferischer Beschäftigung.

Damit ist der Arbeits-Etat erledigt. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1. Apr.

Politik und Schule.

Berlin, 18. März.

Im Preussischen Landtag, der nach zehntägiger Pause wieder zusammentrat, leitete Kultusminister Dr. Brüning die zweite Lesung des Kultushaushalts mit einer längeren Rede ein. Er äußerte sich zunächst zu der vorkommenden großen Anfrage über die Abhaltung von Reichsgründungsfeiern in den preussischen Schulen, die insbesondere Bezug nimmt auf den Zwischenfall in Frankfurt (Oder). Er erklärte, daß zwar kein allgemeiner Runderlaß der Feiern anordnen, an die Schulen ergangen sei, aber die Schulen hätten schon aus der Frageanordnung und der Tatsache der Teilnahme der preussischen Minister den Berliner Feiern entnehmen müssen, daß sie selbstverständlich in irgendeiner Form dieses Tages geboten würden.

Es flehe außerhalb aller Parteipolitik, daß die Reichsgründung ein bedeutsames Ereignis der deutschen Geschichte sei. Ein selbstbewußter Staat werde auch seine Sorge um seinen Bestand haben, wenn er den Kräften der Tradition und den Leistungen der Vergangenheit Respekt erwies.

Der Zwischenfall in Frankfurt (Oder) gehe auf Kompetenzstreitigkeiten zwischen der dortigen staatlichen und länderlichen Schulverwaltung zurück. Aber den Frankfurter Regierungspräsidenten tragen in diesem Zusammenhang weiter beschuldigt, spreche aus Unkenntnis über Verleumdungsdurch. Zur deutsch-nationalen großen Anfrage über die politische Betätigung der Schüler erklärte der Minister, daß sich zwischen Schülern und den übrigen Leben keine Brandmauer ziehen lasse.

Die Politik habe in der Schule überall da ein Dajensrecht, wo sie zum Mittel der politischen Erziehung benutzt werde, nicht aber zur politischen Beeinflussung.

Das Minister wies die Kritik daran gegen den Nationalsozialistischen Schülerbund und erklärte, daß die Schule die Zugehörigkeit von Schülern zu staatsfremden Organisationen nicht dulden könne. Zu der großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Ausstellungen an preussischen Hochschulen führte der Minister u. a. aus, daß es immer nur kleine Gruppen von Studenten waren, die gehen, aber nicht sich unangenehm machen würden. Die große Masse der Studentenschaft liege ohne Zweifel dem unverantwortlichen Treiben einer Minderheit innerlich fern. Gegen Verleumdung, das akademische Leben zu ruinieren und die Freiheit der Forschung zu untergraben, werde auch in Zukunft mit allen Mitteln eingeschritten werden, wenn es not tue, wiederum mit den Mitteln der Polizei, die dann auch nicht machen dürfe, nur dem angeblichen Hausrecht der Hochschulen, das es nicht gäbe.

Fragen des Schulaufbaus.

Berlin, 17. März.

Eine neue Konferenz über die Fragen des Schulaufbaus und des Berechtigungswesens ließ das Reichsministerium des Innern der vor längerer Zeit veranlasseten Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden folgen. Dieses Mal waren die Lehrer- und Lehrernerverbände aller Schulstufen: höhere Schule, Mittelschule, Volksschule, Berufs- und Fachschulwesen eingeladen.

Die Vertreter der Verbände wurden durch Ministerialdirektor Hellwege von den Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern mit Bezug auf eingehendere Gestaltung des Schulaufbaus, die Vereinfachung und zweckmäßigere Gestaltung des Berechtigungswesens unterrichtet, über die der unter dem Vorsitz des Reichsministeriums des Innern bestehende Ausschuß der Reichsregierungswahlungen der Länder bereits im Januar verhandelt hat.

Es ist ein Ausschluß eingeleitet, der die Frage der Vereinfachung bearbeitet soll und für dessen Arbeiten die von den Verbänden geäußerten Anregungen von besonderem Wert sein würden. Dem Problem der Ueberfüllung von höherer Schule und Hochschule durch solche Schüler und Studenten, deren Begabung sie auf mehr praktische Berufe hinweist, kann nur durch eine zweckmäßigere Ausgestaltung des Berechtigungswesens vorgebeugt werden.

Die Vertreter der Organisationsformen sprachen sich einmütig für die Notwendigkeit einer besseren Arbeitsverteilung des deutschen Schulwesens aus. Auch die vom Reichsministerium des Innern entwickelten Grundzüge einer Vereinbarung über die mittlere Reife, durch die den mehr praktisch gerichteten Begabungen der Weg in die Mittelschule des Berufslebens auch über Volksschule und Fachschule geöffnet werden soll, fand grundsätzliche Zustimmung.

Um die deutsche Handelspolitik.

In der Reichstagskanzlei fand eine Chefsprekursion statt, in der das Problem der Wiener Zollkonvention erörtert wurde. Weiterhin wurde ein Bericht über die Wiener

Keine nach der handelspolitischen Seite hin erstarkt, und endlich wurden Mitteilungen über die deutsch-ungarischen und die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen gemacht. Wie verlautet, nehmen die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen einen erfreulichen Fortgang. Die starke Abnahme der indischen Weizenvorräte wird in den nächsten Monaten eine Einfuhr von Auslandswitzen zur Folge haben.

Zur Inkraftsetzung des Polen-Vertrages.

Die Industrie- und Handelskammer Breslau hat an das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsfinanzlei folgende Telegramm gerichtet: „Nachdem der vor einem Jahre zwischen Deutschland und Polen paraphierte Handelsvertrag von dem polnischen Sejm genehmigt wurde, föhrt es nunmehr an der Zeit, die Inkraftsetzung des Vertrages deutschseits nachdrücklich weiter zu fördern, damit der anormale Zustand des Gültregimes zwischen den wirtschaflichen und auf einander angewiesenen und verbundenen Völkern baldigst beendet wird. Im Hinblick auf die von uns wiederholt vorgetragenen gewichtigen Gründe bitten wir dringend, den Handelsvertrag baldigst dem Reichstag zu leiten zu wollen.“

Weitere Erörterung.

Im Februar 128 Millionen Rm. Ausfuhrüberschuß.

Berlin, 17. März.

Im Februar wird die Einfuhr mit 620 Millionen Rm. ausgemessen. Hieron sind jedoch 15 Millionen Rm. als Ausgleich für nachträglich einbezogene, um für noch nicht einbezogene Zollabrechnungen einzusetzen, so daß sich eine tatsächliche Einfuhr von 605 Millionen Rm. ergibt. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr um 40 Millionen Rm. zurückgegangen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß der Januar 26 und der Februar nur 24 Werttage umfaßte.

Die Ausfuhr betrug im Februar 733 Millionen Rm. gegen 725 Millionen Rm. im Vormonat. Der erhebliche Rückgang der Ausfuhr vom Dezember zum Januar hat sich jedoch im Februar nicht fortgesetzt. Ohne Berücksichtigung der Reparationsnachlieferungen, die sich auf 45 gegen 50 Millionen Rm. im Vormonat stellen, ergibt sich somit ein Ausfuhrüberschuß von 128 Millionen Rm.

Am dem tatsächlichen Einfuhrrückgang um 40 Millionen Rm. sind mit rund 60 a. S. die Rohstoffe und halbfertigen Waren mit rund 25 a. S. die Lebensmittel und Getränke beteiligt. Besonders zurückgegangen ist die Einfuhr von Baumwolle (minus 15 Millionen Rm.), während die Einfuhr von Wolle und anderen Tierprodukten um 17 Millionen Rm. gestiegen ist. Bei der Lebensmittelinfuhr ist besonders ein Rückgang der Einfuhr von Süßfrüchten und Obst zu verzeichnen.

Das Schicksal des Zollabkommens.

Bewegte Aussprache in Genf.

Genf, 18. März.

Auf der Zollmassenstillstandkonferenz fand eine bewegte Aussprache über das weitere Schicksal des Genfer Handelsabkommens vom 24. März 1930 statt. Die Verhandlungen ergaben eindeutig, daß die von Frankreich als einziger europäischen Großmacht noch immer nicht vollzogene Ratifizierung des Handelsabkommens tatsächlich die einzige Ursache der gegenwärtigen ausföhrlichen Lage bedeute. Von italienischer Seite wurde vorgeschlagen, das Handelsabkommen am 1. April in Kraft treten zu lassen und mit der gleichzeitigen Annahme eines Protokolls, in dem der Verzicht auf die Kündigung des Abkommens ausgesprochen wird, wodurch das Abkommen automatisch bis zum 1. Oktober dieses Jahres laufe würde.

Ministerialdirektor Löffel gab eine Erklärung ab, nach der der deutsche Reichstag in dritter Lesung das Handelsabkommen nunmehr ratifiziert hat.

Nach längeren Ausführungen über die Lage, die sich in allererster Linie an die Verträge Frankreichs richteten, wies er darauf hin, daß das Handelsabkommen sowie das Protokoll über die weiteren wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen gegenwärtig in schwerer Gefahr wären, da Scheitern in Europa das wahre Verständnis für die Bedeutung dieses Abkommens erst dann kommen werde, wenn die Wirtschaftspolitik sich noch weiter verschärfen hätte. Es biete sich jetzt für die Regierungen eine letzte Gelegenheit, die volle Verantwortung zu übernehmen. Deutschland befinde sich insofern in einer besonderen Lage, als der deutsch-französische Handelsvertrag, der in einer glücklicheren Zeit mit ruhigeren wirtschaftlichen Verhältnissen abgeschlossen sei, dem Kernstück des deutschen Handelsvertragsystems bilde. Wenn jetzt Deutschland die Ratifizierung des Abkommens durch Frankreich fordere, so gelte das nur aus dem Grunde, weil Deutschland nicht einseitig weitergehende Verpflichtungen übernehmen könne, wenn Frankreich nicht unterworfen sei.

Wenn Deutschland jetzt durch die Annahme des Abkommens sich verpflichtet habe, seine Handelsverträge und damit auch den deutsch-französischen Handelsvertrag nicht zu kündigen, so müsse es verlangen, daß Frankreich die gleichen Verpflichtungen wie Deutschland übernehme.

Der Vertreter der englischen Regierung gab sodann eine Erklärung ab, daß die englische Regierung im Hinblick auf die gegenwärtig außerordentlich schwierige Lage ein sofortiges Inkrafttreten des Abkommens für unmöglich halte und den Zeitpunkt des Inkrafttretens für die Zukunft offen zu lassen wünsche. Der deutsche Vorschlag, den Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Abkommens endgültig auf den 1. April festzusetzen, um auf diese Weise die britischen Regierungen vor allem auch Frankreich vor die Verantwortung einer Entscheidung zu stellen, fand nicht die Unterstützung durch den Vertreter der Schweizer Regierung.

Mangelnde Parteidisziplin.

Die englische Arbeiterpartei in Bovericum.

London, 18. März.

MacDonald hat im Unterhaus eine Niederlage erlitten, die zwar nicht so sehr erheblich nachteiliger Bedeutung ist, die aber als Symptom für die parlamentarische Lage in England Bedeutung verdient.

Die Arbeiterpartei befindet sich seit einiger Zeit, nicht nur infolge des Auszugs der Gruppe Mosley, in einem Zustand der Verwirrung, der ihre Aktionsfähigkeit stark behindert und der im Falle einer einheitlichen Entscheidung eine schwere Gefahr für das Kabinett heraufbeschwören müßte. Wiederholt, und in der vergangenen Woche mit besonderer Eindringlichkeit, hat MacDonald die Unterhausfraktion seiner Partei zur Disziplin ermahnt.

Eine Abstimmung zur Wahlrechtsfrage über die Aufhebung des Doppelwahlrechts von Inhabern akademischer Grade hat im Unterhaus nicht nur die Liberale Partei gespalten, von der ein Teil mit der konservativen stimmte, sondern von den Abgeordneten der Arbeiterpartei waren 56 nicht zur Stelle, und der größere Teil davon fehlte ohne triftigen Grund, hat sich vielmehr ganz einfach vor der Abstimmung gedrückt. Auf diese Weise blieb die Regierung mit der Stimmen in der Minderheit. Für den Einzelfall ist das nicht lofendend, denn sie kann die von ihr gewünschte Klausel gegen das bevorzugte Wahlrecht der Akademiker in der dritten Lesung noch einmal einbringen, aber die grundsätzlichen Gegner der Wahlrechtsreform haben durch diesen Vorgang einen neuen Antriebs bekommen, und das wird sich im Oberhaus sehr unangenehm gegen das Kabinett auswirken, daß so durch das Verhalten seiner eigenen Partei in seinem Versehen und in seiner Mangelhaftigkeit zur gelegentlichen Arbeit wieder einmal und sehr empfindlich beeinträchtigt worden ist.

Wenn sich derartige Vorgänge häufen, kann man sich nicht wundern, daß die Stellung MacDonalds fast mehr als unter dem Druck der Opposition durch die mangelnde Parteidisziplin seiner eigenen Freunde geschwächt wird.

Deutsche Tageschau.

Der Stand des Entschädigungsverfahrens.

Der Reichstagsausschuß für Liquidationen- und Verbräugenschäden nahm einen Überleit des Regierungsvertreter über Entwicklung und Stand des Entschädigungsverfahrens und der Mittel entgegen. Der Regierungsvertreter betonte, daß das Schlußentscheidungsverfahren im großen und ganzen durchgeführt sei und daß im wesentlichen nur noch diejenigen Fälle zu erledigen seien, die neuerdings aus dem Ausgange in das Entschädigungsverfahren übergeführt werden müssen. Außerdem seien noch die Freiabgangsleistungen zu erledigen. Es ist sich noch kein endgültiges Urteil über den Stand der Mittel abgeben. Es sei kaum damit zu rechnen, daß Lebenshilfe übersehen würden.

Die deutsch-nationale Fraktionspolitik.

Von der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wurde folgender Bericht über die Fraktionspolitik ausgegeben: Die Reichstagsfraktion hielt am 16. März nachmittags eine hartbesetzte Sitzung ab. Namens der Fraktion beglückwünschte der Abgeordnete Berndt Dr. Oberlorenz zu seinem 50. Geburtstag. Danach wurden in einmütiger Beurteilung der politischen Lage die Richtlinien der kommenden Arbeit festgelegt. In letzterer Form wurde namentlich leitend der landwirtschaftlichen Abgeordneten aus den Ausführungen Berndt genötigt, die der Wäntze Schiele auf der Weimarer Tagung seiner jetzigen Partei gemacht hat.

Entschädigung des landwirtschaftlichen Bereichs des Zentrums.

Der landwirtschaftliche Bereich des Zentrums sah in einer aus allen Teilen des Reiches gut beladenen Sitzung eine Entschädigung, in der der Reichsregierung, insbesondere Reichsanwalt Dr. Bräuning, für seine unter Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten durchgeführte sachliche und vorausschauende Politik zur Rettung des Bauerntrums der Dant und zugleich das volle Vertrauen ausgesprochen wurde, daß die Reichsregierung auch in Zukunft im Lebensnotwendigsten des deutschen Bauerntrums Rechnung tragen werde.

Berliner Dieretreffen verboten.

Berlin, 18. März. Das Reichsjugendtreffen der kommunistischen Partei, das Dieret in Berlin stattfinden sollte, ist von Berlin verboten worden. Das Verbot erstreckt sich auf alle öffentlichen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel.

Auslands-Rundschau.

Um die Privatämter der belgischen Minister.

In einem Ministerrat wurde über die Frage verhandelt, ob Minister im Amt auch gleichzeitig Privatämter besetzen dürfen. Bekanntlich war eine Befehlsvergabe eingehend worden, die die Annahme mehrerer Beamter verbietet. Dadurch wären drei Minister zum Rücktritt gezwungen. Die belgische Regierung will sich nun dieser Vorlage widersetzen. Sobald die Vorlage in der Kammer zur Beratung kommt, will die Regierung die Vertrauensfrage stellen. Die in Frage kommenden Minister bleiben in ihren Vertretern.

Gegen ausländische Arbeiter in USA.

Auf Grund einer Verfügung des amerikanischen Arbeitsministeriums ist die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, die von Privatindustrien zu Studienzwecken nach den Vereinigten Staaten geschickt werden, bis auf weiteres verboten worden. Zugelassen bleiben lediglich Industriearbeiter, die im Auftrag ausländischer Regierungen die Arbeitsmethoden in amerikanischen Betrieben studieren.

Kleine politische Meldungen.

Das Besinden Hermann Müllers außerordentlich ernst. Das Besinden des ehemaligen Reichsanwalters Hermann Müller, das sich durch eine Verfallschlag hier verfestigt hatte, ist nach wie vor außerordentlich ernst, jedoch nicht hoffnungslos.

Die „Kulturschau“ der Gottlosen politisch geschlossen. Die in Leipzig aus Anlaß des Reichstagsessers der Gottlosen eröffnete „Kulturschau“, eine Sammlung schwerer Beschimpfungen kirchlicher Einrichtungen in Wort und Bild, ist gerichtlich geschlossen und verlagert worden.

Der Schlichter im Lohnstreit bei der Reichsbahn. Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist Vortragender Rat Dr. Boelders, Bremen, vom Reichsarbeitsministerium zum besonderen Schlichter bestellt worden. Die Verhandlungen finden am 19. März 1931, 14 Uhr, im Reichsarbeitsministerium statt.

Aus der Umgegend

Nebrö, 19. März.

„Berachtet mir die Weiber nicht!“

Ou, deutsches Handwerk, emst die Fiede Der deutschen Hande, holzerstält, Glaub mir, auch deine schwere Bürde Wird fallen, wenn die Zeit erfüllt!

In der Zeit vom 15. bis 22. März findet die Reichshandwerkswoche statt. Das Handwerk kämpft einen schweren Kampf um seine Existenz. Der Fortschritt der Zeit hat einen großen Teil des Handwerks ausgeschaltet, aber dennoch ohne das Handwerk werden wir nie auskommen. Die Werbung für das Handwerk hat die Aufgabe, im Publikum das Bewußtsein zu wecken und zu stärken, daß lebenswichtiger Bedarf in weitem Umfang am besten nur vom Handwerker gedeckt werden kann.

Jede wirtschaftliche Betätigung hat den Zweck, Herstellung und Verteilung von Erzeugnissen den Bedarf der Menschen nach diesen zu befriedigen. Jede Art der wirtschaftlicher Betätigung also muß notwendigerweise ihren Zweck versehen, wenn die den Veränderungen des Bedarfs nicht angepaßt wird. Diese Forderung nach Anpassung kann nun

von keinem einem Wirtschaftszweige schneller und reibungsloser erfüllt werden als vom Handwerk. Die enge Verbrührung zwischen dem Käufer und dem Hersteller schafft hier die Möglichkeit des Meinungsaustausches, der sonst nur schwer zu finden ist. Darüber hinaus besteht noch eine besondere Art der Beeinflussung: Die laudensfähige Beratung. Wird von dieser Möglichkeit in der richtigen Weise Gebrauch gemacht, so wird eine Atmosphäre des Vertrauens unmittelbar geschaffen, die weit wertvoller ist als die meisten Ergebnisse jener Anstrengungen, die wir in dem Schlagwort „Dienst am Kunden“ zusammenzufassen gewohnt sind. Wird nun dieses Vertrauen weiter befördert durch die Güte der gelieferten Arbeit, so ist dies der „goldene Boden des Handwerks“, von dem die Hoffnungen glauben, daß er verschwinden wäre.

Durch die Reichshandwerkswoche soll das Volk wieder auf das gute ehrtame Handwerk und seine Leistungen aufmerksam gemacht werden; ihm Arbeit zuzumuten zu lassen, bedeutet Befreiung der wirtschaftlichen Not dieses Standes und der Arbeitslosigkeit.

Berachtet mir die Weiber nicht,
Und ehret ihre Kunst!

— **Werbe-Woche des Handwerks.** Wenn auch in Nebrö anläßlich der Reichshandwerkswoche nicht zum Schauwerbewettbewerb aufgerufen wurde, so hat doch Meister Otto die Mühe und Arbeit nicht gelassen, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. So kann man seit Sonntag unter Selbstentlohnung am Rindertag gearbeitet in seinem Schauwerkstatt bewundern. Zu diesem Bau wurden 247 Ffd. Holz verarbeitet. Die Kunst ist um so höher anzuschätzen, da alles durch Handarbeit hergestellt ist. Das seltsame Schauspiel wird viel bewundert, zumal ja in Kleinstädten der Pfleger der Schaufenster im allgemeinen nicht die hohe Bedeutung zugeleitet wird, als dies in Großstädten der Fall ist.

— **Werbe-Versammlung.** Wohl den Höhepunkt der Handwerker-Werbestunde wird die heute (Donnerstag) abend im Schützenhaus stattfindende, von der hiesigen Ortsgruppe im Mitteldeutschen Handwerkerbund veranstaltete Versammlung bilden. Der hier belienf bekannte Herr Dr. Teufelhoff-Salle ist zu dieser Versammlung gewonnen, er wird über das Thema: „Die Reichshandwerks-Woche“ sprechen. Es ist wohl zu erwarten, daß alle Freunde und Förderer, vor allem die Vertreter der Behörden, sich vollständig an diesem Abend mit den Handwerkern vereinen und durch ihren Besuch zeigen, daß auch sie von der Darlebensberechtigung des Handwerkerstandes durchdrungen sind.

— **Die Reichsbahn-Direktion Erfurt** veranlaßt in diesem Sommer wieder mehrtägige billige Sonderfahrten, worüber Programme in Kürze erscheinen und bei den Fahrforten-Ausgaben kostenlos zu haben sind. Die erste Fahrt führt nach Bayern und zwar in der Zeit vom 30.5. bis 5.6., wobei die landschaftlich schönsten Punkte wie Regensburg mit Wallfahla, Chiemsee, Bergschnecken und Salzburg berührt werden. — Im Sommer soll eine besonders preiswerte Reise nach der Insel Rügen, verbunden mit einem Ausflug nach Ropenbagen, veranlaßt werden. — Vom 12. bis 18. September wird eine Sonderfahrt nach Füssen mit den Königschlössern und dann weiter über Mittelwald, Jamsbrud nach Wäntzen zurückführen.

— **Eintritt in die Marine.** Schüler höherer Lehranstalten, die am 1. April 1932 als Anwärter für die Seoffizier, Ingenieuroffizier oder Marine-Zahnmeister (Marine-Sekretär) Laufbahn in die Marine eintreten wollen, müssen ihre Bewerbung bis zum 31. März 1931 an die Inspektion des Bildungswesens der Marine in Kiel einreichen. Merkblätter mit Angabe der erforderlichen Vorbereitungen und der beizuführenden Papiere sind bei der Inspektion des Bildungswesens in Kiel und beim Reichswehrministerium (Marineleitung) in Berlin erhältlich.

— **Wismarburg.** Der am Sonntag vom Kriegereverein Weichenföhrmach im Wismarburger Gasthof veranstaltete Theatervandern fand für den veranstaltenden Verein als ein voller Erfolg bezeichnend. Der schweren Aufgabe, die sich die Mitwirkenden mit den zwei reigenden Spielen: „Brenns Maulwurfsloch“ und „Kölen blühen auf dem Seibegrab“ unterzogen hatten, sind sie voll und ganz gerecht geworden. Sie werden jederzeit wieder gern in Wismarburg willkommen gesehen.

— **Köfelen.** [Ein Jubilar im Turnverein (32 E) Am Sonnabend hielt der hiesige Turnverein eine Versammlung ab. An den geschäftlichen Teil reihte sich noch ein besonderer Akt, denn es galt einen von den Turnvereinen außerordentlich verdienstvollen Turnbruder zu ehren. Mit anerkennenden Worten für das rastlose Streben für den Verein während einer 40jährigen Mitgliedschaft, während er 25 Jahre im Vorstand wirkte, formte der Vorsitzende des Vereins dem Turnbruder Otto Ullig (Einheimischer) den demselben vom Hauptausflug der Deutschen Turnerschaft verleihten „Ehrendreief der Deutschen Turnerschaft“ nebst Schlüssel und silbernen Medallion überreichte. Es ist dies die höchste vom Hauptausflug zu verleihten Auszeichnung. Der Vorsitzende des Vereins hat so hoch geschätzten den jüngeren Turnern als Vorbild der Treue hin und regte sie an, ihm nachzueifeln. Mit dieser hohen Auszeichnung fühlt sich mit Recht der ganze Verein geehrt, und es ist selbstverständlich, daß die Stimmung eine recht frohe wurde. Auch wir gratulieren dem immer noch für den Verein rathlos wirkenden Turnbruder Ullig für die ihm zuteil gewordene Ehre und hoffen, daß sein Vorbild sich auswirkt besonders auf die Jugend, daß ferner es ihm vergönnt sein möge, nach viele Jahre dem Verein seine Dienste zu widmen.

— **Waldstedt (Kr. Sangerhausen).** Freitag. — Der Wäntzenbürger Oskar Sieratze hat seinem Leben durch Bergigen ein Ende gemacht. Wäntzenbürger Oskar Sieratze ist in den letzten Jahren von den geachteten und strebsamen Mann, der im besten Alter stand, in den Tod gerieten haben.

— **Riesfeld (Kr. Sangerhausen).** Am Dienstverunglicklich. — Als der Bahnhofsarbeiter Karl Schwabe vor der Gefahr stand, von einem rangierenden Güterwagen überfahren zu werden, war er sich gütigsgenügend zwischen die Schienen. Der Zug fuhr über ihn hinweg, aber der Wäntzenbürger der Unfalltote wurde in der Besonnenheit und wäntze ihn am Rücken und Hinterkopf schwer. Bewußtlos wurde er ins städtische Krankenhaus gebracht.

Sebra (Kijff). Wie verlautet, beabsichtigt die preussische Staatsregierung das Konfessionarium in Köslitz aufzulösen. Durch die Maßnahme würde die geistliche Schulaufsicht in ungefähr 20 Orten der Grafschaft Stolberg beeinträchtigt.

Bad Frankenhausen. (Kurtheater.) Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist vom Stadtortland des Bundes Frankenhausen dem Spielleiter und Komiker Kurt Bangsch das hiesige Kur- und Stadttheater für die Sommer-Spielzeit 1931 übertragen worden. Herr Bangsch war bisher als Spielleiter und Komiker an verschiedenen Bühnen mit bestem künstlerischen Erfolg tätig; Landestheater Coburg, Stadttheater Regensburg, Stadttheater Döbeln/Co., Herzogliches Schauspielhaus Ballenstedt. Er wird auch hierorts bestrebt sein, nur hervorragende Kunst und wirklich künstlerisch Einwandfreies und durchaus Erfrischendes auf dem Gebiete des Lustspiels, des Schwanen, der klassischen und modernen Operette zu bieten. — Die Dauer der Spielzeit ist vom 1. Juni bis 1. September 1931 vorgegeben und wird in dieser Zeit regelmäßig Dienstags und Donnerstags und alle vierzehn Tage auch Sonntags gespielt werden. Mit Hilfe eines ausgezeichneten Künstlerpersonals, von nur ersten Bühnen des Reiches stammend, soll ein ganz besonders hohes Kunstniveau gewahrt werden. So soll im kommenden Sommer die einheimische Bevölkerung Frankenhausens, wie auch die hier anwesenden Badegäste im Kurtheater durch große künstlerische Genüsse ihre Erbauung von des Tages Lusten und Mühen finden. Außer dem sind von derselben DIRECTION auf der neuen Schauburg Freizeitspiele geplant. Hier soll vor allem klassisches und modernes Schauspiel gepflegt werden. Es wurden bereits Werke vorgelesen: „Wilhelm Tell“, „Berufene Glode“ und das allerorts an deutschen Bühnen so erfolgreiche: „Hilfender Adler von Troja“. Mit Recht darf man auf die kommende Spielzeit mit wirklichen Taten prominenter Theaterkunst gespannt sein.

Eisleben. Mit schweren Brandwunden am ganzen Körper wurde die eifrigste Margarete Reuter ins Krankenhaus gebracht. Glühende Asche, die aus dem Küchenherd gefallen war, hatte die Kleider des Mädchens in Brand gesetzt. Das Kind war in eine hohe Feuerfalle geht, schreiend auf die Straße gelaufen, wo es bemüht zum Zusammenbruch. Passanten hatten die Flammen erstickt.

Halle. Vor dem Erweiterten Schöffengericht hatte sich die 30 Jahre alte Ehefrau Martha K. wegen Missetatung ihres fünfjährigen Stiefsohns zu verantworten. Die Anzeige war durch den Vater des Kindes erfolgt, der mit seiner großen Frau im heiligen Streit lebte und Scheidungstage gegen sie eingereicht hatte. Hauswähler beklagten, daß sie des öfteren Schläge und Schreie gehört hätten. Mit einem Ochsenzimmer und einem Feuerhaken soll die Frau das wehrlose Kind mißhandelt haben, so daß es blaue Flecken und Hautabwühlungen davon trug. Das Kind war der Frau bereits einmal entzogen worden und in einem Kinderheim untergebracht. Nach seiner Rückkehr sollen die Mißhandlungen von neuem begonnen haben. Das Urteil lautete unter Verlegung mildernder Umstände auf die Haftstrafe von zwei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen.

Halle. Politische Schlägerei. — Kommunisten, die aus einer Gießerei in der Thomaststraße kamen, gerieten mit Nationalsozialisten in eine Schlägerei. Ein Nationalsozialist erhielt einen Wundenstich in den Rücken und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, ein anderer Nationalsozialist trug eine Kopfverletzung davon. Ein Kommunist wurde festgenommen.

Halle. Gastod. — Die 56 Jahre alte Witwe Beria Friedel und der 67 Jahre alte Schriftsteller Eward Jähring wurden in ihrer gemeinsamen Wohnung mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Offenbar liegt ein Unglücksfall vor. Wie mit Sicherheit anzunehmen ist, hatte der Mann für die fränke Frau Essen bereiten wollen und den Gaszahn geöffnet, aber vergessen, das Gas anzuzünden.

Halle. Die Stahlempfängerplatte beschlagnahmt. — Wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wurden am Sonnabend Platte beschlagnahmt, die der Stahlempfänger Halle an den Anschlagäulen anbringen wollte. Wie es heißt, handelte es sich um einen Aufruf zur Einschüchterung für das Volksbegehren.

Halle. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Theaterausschusses wurde die im Göttinger vorgeschene neue musikalische Spielzeit beschlossen. Die Aufgabe im Etat für bauliche Veränderungen wurde um 5000 Mark getätigt. Durch Herabsetzung der Eintrittspreise soll die Besucherzahl des Theaters erhöht werden. Außerdem fand noch ein Antrag Annahme, in Zukunft den Generalmusikdirektor durch einen ersten Dirigenten zu ersetzen.

Bitterfeld. Wegelagerer. — Kurz nach Einbruch der Dunkelheit wurde eine ältere Dame auf dem Verbindungsweg Grüne Straße-Binnenäckerstraße von zwei etwa 20jährigen Jungen überfallen und zu Boden geworfen. Die unerwartet entkommenen Räuber haben der Frau eine Tasche mit größerem Geldbetrage entziffen.

Rothzig (R. Bitterfeld). Unvorsichtiger Turner. — Der 19 Jahre alte Kurt Schellenberg aus Petersroda schlug bei Übungen am Schwerebrett so stark mit dem Kopf auf den Fußboden auf, daß er in bewußtlosen Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der Verdauungswerte hat einen schweren Schädelbruch davongetragen.

Landshammer. Der tödliche Schuß. — Der 21 Jahre alte Handlungsgeselle Schemmel, der auf dem hiesigen Eisenwerk angeheilt ist, hatte auf den Wunsch einer Arbeitskollegin, der 36 Jahre alten Stenotypistin Roit, einen Revolver gekauft. Beide probierten im Walde die Pistole aus. Dabei löste sich ein Schuß, der den Handlungsgesellen in die Brust traf. Er wurde von seiner Kollegin ins Krankenhaus gebracht. Darauf begab sich diese in den Wald zurück und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe.

Nordhausen. Trinken mit Chlorphenol. Eine unangenehme Überraschung erlebte die Einnahmestelle am Sonntag morgen: Das Wasser, das aus den Leitungen entnommen wurde, war wegen eines überirdischen Geruchs und Geruchs für Trinken und Zubereitungsmede vollkommen unbrauchbar. Der Magistrat erklärt hierzu in einer Bekanntmachung, daß die schädliche Beschaffenheit des Trinkwassers auf Erneuerungsarbeiten im Wasserwerk zurückzuführen gewesen sei. Zur Erneuerung des Innenanstrichs des Wasserbehälters war Material verwendet worden, das Chlorphenol-Bestandteile enthielt. Der Geruch des Wassers hat nach der Behauptung des Magistrats keine gesundheitsschädlichen Folgen. Der Überstand wurde sofort wieder behoben.

Benedenfein (Harz). Tödlicher Jagdunfall. Im hiesigen Jagdrevier wurde ein auswärtiger Jäger tot aufgefunden. Eine Kugel war ihm durch den Unterkiefer in den Kopf gedrungen. Der Jäger dürfte durch eigene Unvorsichtigkeit ums Leben gekommen sein. Nach den bisherigen Feststellungen ist der tödliche Schuß losgegangen, als der Jäger von der Leiter des Anstalles heruntergefallen war.

Wernigerode. Die Kälte und der Schneefall im ganzen Harz fügen dem Wildbestand große Verluste zu. Die Tiere verhungern, weil sie wegen der hohen Schneedecke keine Nahrung finden können.

Seebau (Altmarkt). Aus dem Zuge für die Fahrt vor der Einbahn in den Bahnhof eine 18jährige Friseurin. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Das Mädchen lag mit gebrochenem Genick neben den Schienen. Ob Freund oder ein Unglücksfall vorliegt, weiß man noch nicht. Die Beteiligte wollte nach ihrer Arbeitsstelle in Seebau.

Zusammenbruch landwirtschaftlicher Betriebe. Die Landwirte des Kreises Schlochau (Grenzamt Posen-Westpreußen) haben in einer allgemeinen Landwirte-Versammlung in Schlochau den Beschluß gefasst, am 23. März ihre Betriebe zu schließen. Jede Arbeit zur Frühjahrsbefestigung unterbleibt, nur die Pflanzarbeiten sollen ausgeführt werden; alle verfallenen Produkte werden sofort verkauft und mit dem Erlös will man die Handwerker bezahlen. — Man rechnet damit, daß diesem Beispiel weitere Landkreise folgen werden. — Mit dem Winter der stärksten Eise in unserem Staatskörper muß auch der ganze Staat zusammenbrechen.

Gewerbe - Ausstellung
Querfurt
vom 14. — 22. März 1931.
Der Besuch ist sehr lohnend.

Explosion bei einer Film-Expedition.
Frankfurt a. M. und zahlreiche Verletzte.
New York, 17. März.

Wie aus St. Johns auf Neufundland gemeldet wird, hat der Leiter der Funktion auf Horie Island, die auch St. Barbe-Insel genannt wird und der White-Bucht vorgelagert ist, Flammen auf einem Schiff gesehen. Später will der Leiter der Funktion mehrere Menschen auf dem Eschollen treibend festgestellt haben. Die Behörden erlangten zwei Regierungsschiffe, die die Stelle der angeschlagenen Katastrophe.

Es wurde festgestellt, daß der Dampfer „Bifing“ mit 150 Personen an Bord in Brand geraten war. Bei der Explosion wurden 20 Personen getötet und zahlreiche verletzt. Viele Personen werden noch vermisst.

Zur Verhinderung der Rettungsarbeiten sind noch drei weitere Regierungsdampfer vom St. Johns nach der Rettungsstelle abgegangen. Die „Bifing“ wurde für den Seebundfang verwendet. Sie stand im Dienst des New Yorker Filmherstellers Barid Frisell und des Photographen Penrod. Diese wollten eine Seebundjagd aufnehmen. Dabei sollte die „Bifing“ mit Dynamit aus Radeis befreit werden. Hierbei ereignete sich die Explosion. 60 Überlebende sind bisher auf der Insel Horie eingetroffen.

Die meisten Überlebenden des durch ein Explosionsunglück zerstörten Robbenfängers „Bifing“ sind auf Eschollen ins Meer hinausgetrieben worden. Es besteht nur geringe Hoffnung, sie zu retten, falls die Bergungsdampfer nicht rechtzeitig eintreffen. Zahlreiche Mitglieder der Besatzung haben furchtbare Brandverletzungen erlitten. Das Schicksal des Filmunternehmers Frisell ist unbekannt.

Neues aus aller Welt.

Wieder Anstößigerfall auf einen Drostendausseuer in Berlin. Ein Kraftfahrzeugausseuer wurde auf der Fahrt vom Halensplatz nach der Weddingstraße in Berlin plötzlich von seinem Fahrgast, dem 15 Jahre alten mohnungslosen Schlosserlehrling Helmut Lauterbach, überfallen und durch Hammerschläge auf den Kopf schwer verletzt. Der Kraftfahrzeugführer, der eine Gehirnerschütterung davontrug, hatte noch die Gelltesgegenwart, seinen Angreifer zu übermüßigen. Der Täter wurde einem Polizeibeamten übergeben und gestand, die Absicht gehabt zu haben, sein Opfer zu berauben.

Ein Mlonner SA-Mann lebensgefährlich verletzt. In der Nacht wurden Schiffe auf das nationalsozialistische Verkehrsrotal in der Erbergerstraße in Mlonn abgegeben. Ein SA-Mann sei so schwer verletzt worden, daß er hoffungslos darniederliege. Der zweite Schwerverletzte sei ein Unbekannter, der kein Mitglied der NSDAP sei.

Großfeuer bei Goerz. In einem Kampenlagerort der Zeiß-Ikon-Goerzwerke in Schönnow bei Zehlendorf kam ein Feuer aus, das rasch größeren Umfang annahm. Der Feuerwehr gelang es nach kurzer Zeit, das Feuer einzufrieren, so daß für die übrigen Gebäude des Wertes keine Gefahr entstand. Der Schaden soll erheblich sein.

10 000 Mark veruntreutes Geld bei Kennelien verpielt. Dem Amtsgericht vorgeführt wurde der kaufmännische Angestellte Heinrich Faust aus Frankfurt a. M., der sich freiwillig der Offenbarung des Verfalls anstellte. Er war Buchhalter bei der Witrova in Frankfurt a. M. und hat etwa 10 000 Mark unterschlagen, die er bei Pferderennen verpielt haben will.

10 Jahre schweren Kerkers für einen angeblichen deutschen Spion. Das Berufsgericht in Thorn hat die Strafe für einen gewissen Josef Matzka, der vor kurzem vom Kriegsgericht in Konig wegen Spionage zugunsten Deutschlands zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war, auf Grund der Berufung des Staatsanwaltes auf zehn Jahre schweren Kerkers, Ehrverlust und dauernde Polizeiaufsicht erhöht.

Treibende Mine. Der tschechische Dampfer „Wisby“ entdeckte unweit der Insel Ootiland eine große treibende Mine. Den tschechischen Meldungen zufolge soll es sich um

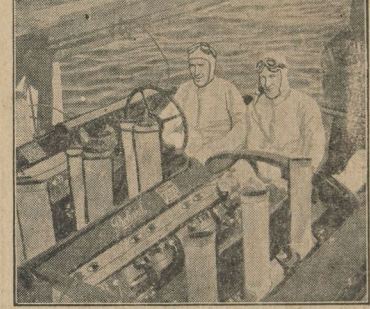
eine Untersee mine aus dem Kriege handeln, die sich losgerissen hat. Mehrere Kriegsschiffe haben die Suche nach der Mine aufgenommen.

Eisenbahnunglück bei Marseille. In der Nähe von Marseille stieß der Pariser Schnellzug in voller Fahrt auf einen englischen Güterzug. Verschiedene Abteile des Schnellzuges wurden beschädigt. Acht Personen wurden lebensgefährlich verletzt. Der Verkehr auf der betreffenden Strecke konnte erst nach zehntägiger Unterbrechung wiederaufgenommen werden.

Aus dem französischen Gebirgsgebiet. Im Gebirgsgebiet in den Saavog Alpen ist auch in den späten Abendstunden keine Veränderung zu verzeichnen. Die ungeheuren Erdbeben, die nach den letzten Schlägen auf nicht weniger als 80 Millionen Kubikmeter bestreut werden, die aber glücklicherweise in mehrere Arme geteilt sind, haben ihren vernehmlichen March in das Tal fort und haben jetzt das Dorf Chate laud bis auf einige Meter erreicht. Samtliche Häuser wurden bereits geräumt.

Selbstmord eines italienischen Kriegsschiffkommandanten. Der Befehl des italienischen Flottenkommandanten in Algier ist durch einen bemerkenswerten Justizfall getriggert worden. Der Kommandant eines Perlorers, Korvettenkapitän Finkl, hat aus unbekanntem Grund Selbstmord begangen, indem er sich eine Revolverkugel in den Mund jagte. Das italienische Geschwader hat baldmöglichst gefolgt.

Kassau vom Personenzug überfallen. Ein Personenzug überfuhr auf der Strecke Danabrid-Bremen bei dem Straßenübergang am südlichen Ende des Bahnhofs Aemförde ein Kassau mit Anhängern. Hierbei wurde eine Person getötet und zwei schwer verletzt. Die Lokomotive des Personenzuges und der Personenzug entgleisten. Beide Hauptgleise waren vorübergehend gesperrt. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Schranken nicht rechtzeitig geschlossen worden sind.



Auf der Weltretortjagd.
Der Inhaber des Motorboot-Vereins, der Amerikaner Gar B. O. (links), hat sich ein neues Rennboot konstruieren lassen, mit welchem er in Miami (Florida) seinen Rekord verbessern will.



Dr. Filscher am Ende seines Wintermarches.
Krank und mit verletzten Kleidern traf der bekannte deutsche Forscher Dr. Wilhelm Filscher nach der Reise durch Tibet auf indischen Boden in Kalkim ein, wo er britischen Schutz geniesst. Dieses Bild ist von dem amerikanischen Forscher Dr. B. G. M. r. e. aufgenommen, einem Kameraden Filschers, der früher im Kuku-Nor-Gebiet nahe der sinesisch-tibetischen Grenze seinen Winterlager hatte.



Das Erdbeben in Jugoslawien.
Zerstörte Häuser in der Stadt Wolanod im mazedonisch-jugoslawischen Erdbebengebiet, wo zahlreiche Personen ums Leben kamen.

Bilanz der spanischen Diktatur.

Von Conde de Romanones,

Spanischer Minister des Auswärtigen.

Es ist in diesen Tagen ein Jahr verfloßen, seitdem Primo de Rivera in Paris gestorben ist. Spanien ist in voller Eürung begriffen. Wir erleben alle die Erscheinungen, die mit dem diktatorischen System verbunden sind. Der frühere spanische Minister Romanones, der jetzt wieder als alter Minister des Auswärtigen Ministerium übernommen hat, ist in dem nachstehenden Aufsatz, der dem von Fort-Bataglia im Amateo-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien, herausgegebenen Sammelwerk „Proß der Diktatur“ entnommen ist, die Bilanz der spanischen Diktatur. D. Schriftl.

Ich will mit der Diktatur nicht um die Erfolge feilschen, die sie in fünf Jahren erreicht hat. Ihre Erfolge entsprechen genau den Ursachen, die diese Regierungsjahre heraufgeführt haben. Jene Ursachen liegen in der Ineffizienz der Regierungsbildung durch eine starke Macht nahe, da die den früheren Regierungen eigene Schwäche die Lösung der gestellten Probleme unmöglich gemacht hatte. Diese starke Gewalt wurde mit der geistigen Unterstützung aller ihr wohlgeimten Elemente eingesetzt; in Erfüllung ihrer Funktion hat sie die Lösung der brennendsten Fragen herbeigeführt. Das nennen wir dann die Erfolge der Diktatur.

In erster Linie unterdrückte sie die sozialistischen Verbrechen, sie dämmte die Streikagitation unter den Arbeitern ein. Der Krieg in Marokko wurde in Verbindung mit Frankreich durch eine energische militärische Aktion von allen Teilen des arabischen Operationsgebietes mit einer Selbstverleugung und einem Heroismus zu Ende geführt, für die das Vaterland dankbar sein muß. Schließlich merzte man das Defizit durch das einfache und bekante Verfahren aus, die Steuern zu erhöhen, ohne indes grundlegende und wesentliche Reformen zur Durchführung zu bringen, die eine diktatorische Gewalt leicht hätte durchsetzen können.

Diese Erfolge konnten vor allem, wie schon gesagt, durch eine größere Stärke des Regierungsorgans erreicht werden, außerdem, weil der General Primo de Rivera man muß es anerkennen besser als die früheren Machthaber den Grad der Passivität der öffentlichen Meinung in Spanien und auch die Spitze seiner Majestät des Königs durchschaute, Lehren, die für die Zukunft sehr nützlich sind.

Der Hauptmiserfolg der Diktatur liegt meinem Empfinden nach auf wirtschaftlichem und auf neuropolitikalischem Gebiet. Doch tritt er nicht in vollem Umfange zutage, da die begangenen Fehler zwar ihre Wirkung hervorgerufen, aber gleichzeitig im wesentlichen durch gewisse Gegenwirkungen aufgezwungen werden; diese bestehen in der durch die energische Aktion der Regierung erreichten Sicherung des sozialen Friedens, der für die allgemeine Vermögensbildung von großer Bedeutung ist, weiterhin in der Konzentrierung einiger Produktionszweige, die zwar im Augenblick von Nutzen, für die Zukunft jedoch schädlich ist; schließlich in der Inangriffnahme zahlreicher öffentlicher Arbeiten mit Hilfe nationaler und lokaler Kredite, die gewiß einen wohlthätigen Regen für die Gegenwart, aber ebenso auch eine Hypothek auf die Zukunft darstellen.

Ich wage es nicht, von Erfolgen oder Misserfolgen der Diktatur bei der Lösung der katalonischen Frage zu sprechen. Schon seit Jahrhunderten besteht in Katalonien ein tiefverwurzeltes Verlangen nach Autonomie. Ist es gelungen, wie die Regierung behauptet, oder wurde es in eine unbedeutende Gefühlsfrage zurückgedrängt? Hat sich, wie andere behaupten, wenn auch heute verborgen und geheim, die geistige Trennung zwischen Katalonien und dem Rest Spaniens vollzogen?

Ich bin Gegner der Diktatur aus allen den Motiven, auf Grund deren ein Mann liberaler Ueberzeugung und Empfindungen es sein muß; aber außerdem noch, weil sie eine unnötige Unterbrechung der natürlichen Entwicklung des spanischen Lebens bedeutet. Sie hat eine absolute Monarchie geschaffen, die schwer eine Nachfolge finden wird; denn um zu existieren, braucht sie als Werkzeug die ganz speziell geeignete Persönlichkeit Primo de Riveras, die dieser, ohne es vielleicht zu wollen — ein ganz persönliches Werk geleistet hat. Die Nachfolge muß sozialen Kräften anvertraut werden, die zu politischen Organisationen organisiert sind; diese aber sind nicht vorhanden. Eine politische Partei, die zur Ausübung der politischen Gewalt fähig ist, erwächst nicht aus der „Gaceta“ (Amtsblatt der spanischen Regierung). Die Parteien, die aus der „Gaceta“ erwachsen, werden durch die Wärme ins Leben gerufen, die der Geist der „Gaceta“ verleiht. Wenn jene Wärme fehlt, erstarren die Parteien.

Das spanische Volk hat von Natur aus, als Erbe der Rasse, unerschöpfbare Energien und Widerstandskräfte, die es in schlimmeren Lagen seiner Geschichte beweisen hat. Es wird diese Kräfte überleben und in Zukunft — wie es das auf Grund seiner Geschichte und seiner Fähigkeiten verdient — kraft des eigenen Willens, der unsere Nation heute beweist, ein wesentlicher, einflußreicher Faktor in den Geschicken der Menschheit sein.

Die Liebenwerder Landwirte fordern Obhliensmaßnahmen. Liebenwerda. Eine von Landwirten aus dem ganzen Kreis Liebenwerda stark besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der durch die Wasserverhältnisse im Tal der Schwarzen Elster besonders schlechten Lage der Landwirtschaft. Beschlüsse wurden gefaßt über das allzu langame Fortschreiten der Meliorationsarbeiten, über die jedes vernünftige und erlaubte Maß überschreitende Einseitigkeit von Fabrikabwässern in die Schwarze Elster und die Zersplitterung auf dem Gebiet der Meliorationen.

Die Versammlung forderte ferner die reifliche Einbeziehung des Gebietes östlich der Elbe in die Dittbilie. Es würde den betroffenen Kreisen schon sehr viel helfen, wenn erreicht werde, daß Eisen und Braunkohle die im Jahre 1927 gegebenen Hochwassererlöse als verlorenen Zuschuß betrachten würden.

Hausbedarf-Lernende für
Damen Schneiderei
Wäsche und Handarbeiten werden noch angenommen bei
Frau Anna Röttig
(Damen Schneiderin) Breitestr. 6
Ab 15. April

Wohnung
(Pfarrgasse Nr. 1, 1. Stock)
zu vermieten. (3 Zimmer, Kammer, Küche, Zubehör).
Geht Anfragen oder auch Kaufgebote für das Grundstück sind zu richten an
Schulrat Gehner,
Mordburg/Lahn.

Naturwissen
schaffliche
Kenntnisse
braucht
heute
jeder!

Lesen Sie darun den
Kosmos
Sie erhalten jährlich:
12 Monatshefte
4 Bücher
Preisermäßigungen
Vergünstigungen
Auskunft
alles für RM 2,-
im Vierteljahr
Kosmos / Gesellschaft der
Naturfreunde, Stuttgart

STEMPEL
aber
jetzt

liefert die
Buchhandl. W. Sauer-Roßleben

Nun ist sie da!
Sanella
die neue
Margarine

Millionen Hausfrauen werden aufatmen - denn Sanella kommt wie gerufen in sorgenvoller Zeit.
Eine Qualitäts-Margarine ersten Ranges, das halbe Pfund für 35 Pfennig: das ist ein Lichtblick. Da spart man doch wirklich viel!
Sanella ist wirklich etwas Ausserlesenes.

Sanella
DIE FEINE
PREISWERT
WIE KEINE

Lesen Sie übermorgen an dieser Stelle Näheres über die große SANELLA-Überraschung für Sie!

35
das Pfund

Mitteldeutscher Handwerkerbund
Ortsgruppe Hebra
Donnerstag, den 19. März
spricht im „Schützenhaus“
abends 8 Uhr:
Dr. Teutloff, Halle
über
„Die Reichshandwerks-Woche“
Die geehrte Einwohnerschaft von Hebra und Umgegend ist hierzu herzlich eingeladen. — — Eintritt frei!

Westermanns Monatshefte
die schönste deutsche Monatschrift

halten sich allen gebildeten Kreisen bestens empfohlen. Auch Ihnen wird diese schönste deutsche Zeitschrift über gefallen. • Verlangen Sie eine Probenummer unter Benutzung des obengedachten Gutschein.

Gutschein
Wenn sendet der Verlag von Herrg Westermann, Braunschweig, gegen Einlösung von 30 Pfennig ein Westermanns Monatsheft im Werte von 2 Mark •

Name:
Adress:
Vorname:

Kanholz-Listen
Hobeldielen • Stab Bretter
Schnal Bretter • Dachlatten
Tischler Bretter in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holtzwerke, Roßleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

Der Jungdeutsche
Lageszeitung für Volkskraft und
Ständefrieden.

Der „Jungdeutsche“ ist ein Gewinnungsblatt, das gegen den parlamentarischen Freistaat und für den organischen Volksstaat und die Neugliederung des Deutschen Reiches kämpft.
Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Verfallende Reich und seine Folgen werden im „Jungdeutschen“ mit besonderer Schärfe geführt.
Der „Jungdeutsche“ verfügt über einen großen eigenen Nachschickendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insonderheit die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Blätter fernschickt.
Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Lageszeitung der bündischen Bewegung über eine ständig steigende Leserschaft sowie über eine außerordentlich große Verbreitung in über 5000 Kreislagen. Er ist deshalb ein besonders wirksames Infortionsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 Mk. ausschließlich Postbestellgeld.
Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 218.

Nebräer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrä

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Anzeigenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schreibleitung: Wihl, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrä: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme auf Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrä — Bankverein Artern.

Nr. 34

Donnerstag, den 19. März 1931.

44. Jahrgang

Dr. Brüning über Handwerksfragen.

Übermühter Tag des mächtigen Handwerks.
In Berlin hielt Reichsminister Dr. Brüning vor weitläufigem Publikum am 17. März eine sehr wirkungsvolle Rede, in der er anfangs auf die Folgen der Rationalisierung hingewiesen wurde, dann aber erfuhr:

Die Reichsregierung sieht auf dem Standpunkt, der auch schon von ihren Vorgängern immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Reparationen auf die Dauer untragbar sind. Man kann aber erst in eine Revision der Reparationszahlungen heraustreten, wenn es gelungen ist, das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Um dies zu erreichen, muß eine neue und schärfere Politik getrieben werden.

Auch wenn wir heute keine Reparationen mehr zu zahlen hätten, wären wir zu genau so schwerwiegenden Maßnahmen gezwungen, wie jetzt. Man hat in Deutschland in Zeiten der Spontanität den schweren Fehler gemacht, viel Geld in die öffentliche Hand zu stecken, die mit diesen Mitteln jedoch keine planmäßige Wirtschaft betreiben hat.

Einen schweren Mißgriff bedeutete es, daß bereits auf die Hauptindustrie für 1933 vorgegriffen wurde, so daß Bauten aus schlechter Zeit unbeschädigt sind und für die nächste Zeit der Baumarkt nicht belebt werden kann.

Weiter betonte Dr. Brüning, daß es eine der Hauptaufgaben sei, alles daran zu setzen, die Verhältnisse im Bausektor in Ordnung zu bringen. Gelingen es, jetzt im Reichstag die notwendigen Mittel herbeizuschaffen, dann würde auch wieder die Wirtschaft gegeben sein, Kredite zu bekommen, durch die neue Baugesetze zu helfen sei. Notwendig sei es dabei, die Entung der Bauten voranzubringen.

Man könne auch nicht auf die Dauer durch Räte die Nachfragepolitik verteuern, so daß die Verbraucher nicht bezahlen könne. Die Folge sei, daß trotz hohen Preisen bis auf ein ergebnisloses Maß hinunter würden. Es sei bei allen Wirtschaftskrisen notwendig, sich der Konsumkraft der gesamten Bevölkerung anzupassen.

Zu befragen sei, daß in der schweren Zeit das deutsche Handwerk aus eigener Kraft den Schwierigkeiten begegnen will. Das Handwerk habe einen schweren Stand. Das Streben, durch Selbsthilfe wieder in die Höhe zu kommen, verdient die Anerkennung und Unterstützung der Reichsregierung.

Deutscher Reichstag.

Reichsarbeitsministerium und Auswärtiges Amt.

Berlin, 17. März.

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort.

Abg. Frau Bohm-Schub (Soz.) erörtert die besondere Notlage der jugendlichen Erwerbslosen.

Abg. Dr. Winkel (Staatsp.) erklärt, es sei nicht wahr, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter weit hinter den der meisten anderen Länder zurückbleibe. Dieser Trugschluß sei zurückzuführen auf die großen Konstruktionsfehler der Statistik des Internationalen Arbeitsamts. Das Märchen vom deutschen Lohndumping werde dadurch gefördert.

Abg. Frau Eißner (D. Vp.) verlangt größere Fürsorge für die werdenden Mütter. Die Kleinernterfürsorge sollte verbessert werden.

Abg. Thiel (D. Vp.) führt aus, daß die Sanierung notwendig durch den Zusammenbruch der Wirtschaft zu erreichen sei.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

Der Haushaltsausschuß hat sich für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und des Personalratens entschieden.

diesem Gebiet weiter an einer Verbesserung der Organisation gearbeitet.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) wünscht eine Durchdringung der Arbeit der deutschen Missionen im Ausland mit dem Geist der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik, so daß jeder Beamte dieser Missionen auch als Exponent der deutschen Wirtschaft im Ausland gelten kann. In der Betreuung der deutschen Minderheiten im Ausland darf nicht nachgelassen werden.

Abg. Fockert (Komm.) hält es für notwendig, nicht nur auf Verwaltungsfragen, sondern auf die aktuellen Probleme der Außenpolitik einzugehen. Die Bestrebungen Deutschlands wieder mit Kolonien zu belasten, verdienen die schärfste Zurückweisung, denn die Kolonialpolitik belastet das Volk zum Nutzen kleiner Kapitalistengruppen.

Abg. Sachjenberg (Wirtschaftsp.) erklärt, daß sich die diplomatischen Vertretungen Deutschlands in stärkerem Maße als Wirtschaftsvertretungen fühlen müßten. Die Sonstige hätte sowohl aus dem Kapitalvertrags als auch aus den folgenden für Deutschland sehr ungünstigen deutsch-amerikanischen Verträgen unendliche politische und wirtschaftliche Vorteile ziehen können, während Deutschland nur einen recht verheerenden Nutzen aus der mit dem Kapitalvertrag eingeleiteten Politik gehabt habe. Je mehr die Stärkung des russischen Staates als industrielles Erzeugerland fortschreite, desto mehr erwehle es sich als ein Fehler, daß der deutsch-russische Handelsvertrag mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen für Deutschland nicht zum ersten möglichen Termin gekündigt worden sei.

Abg. Dr. Schnee (D. Vp.) widerspricht auf Grund seiner eigenen jahrelangen Erfahrungen in den deutschen Kolonien der Ansicht, daß die Kolonisierung einen Rückfall in die Barbarei bedeute. Derartige Anschauungen seien Traumgebilde internationaler Kommunisten. Im Gegenteil dränge die Kolonisierung die ursprünglich vorhandene Barbarei der Eingeborenen-Böller zurück.

Abg. Abel (Volksrechtsp.) weist auf die großen Aufwendungen hin, die für französische und englisch-amerikanische Kulturpropaganda in der Welt gemacht werden und die nicht aus den offiziellen Etatsmitteln der beteiligten Länder genommen werden, sondern von angeblich unabhängigen Kulturorganisationen. Das Auswärtige Amt habe jetzt noch mehr zu leisten als vor dem Kriege. Es sei ein Jammer, daß für diese Arbeit zu geringe Mittel zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Reinhold (Staatsp.) fordert die Regierung auf, noch vor der Beratung des Reichstags den politischen Handelsvertrag zur Ratifizierung vorzulegen. Die Rede des französischen Kriegsministers Maginot müsse der deutschen Regierung Veranlassung geben, die Kriegsschuldfrage zur internationalen Diskussion zu stellen und auf eine Revision der Kriegsschuldfrage zu drängen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärt, im Auswärtigen Amt beständen offenbar allenthalben Kanäle zu weit reichstehenden Kreisen, und durch diese Kanäle fließen allenthalb Indiscretionen. Das kann nur geändert werden, wenn bei der Vorbildung der jungen Annäherer für den Auswärtigen Dienst mehr als bisher Wert gelegt wird auf eine Erziehung zum heutigen Stand.

Reichsaussenminister Dr. Curtius behauptet, daß von vielen Rednern über die zur Debatte stehenden Eintragsverträge hinaus der Außenpolitik erörtert worden seien. Er werde auf keine dieser Fragen eingehen und behalte sich vor, nach Ostern in eine neue außenpolitische Aussprache einzutreten.

Nach weiterer Debatte erfolgen die Abstimmungen.

Mißtrauensvotum gegen Curtius abgelehnt.

Zunächst wird der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wird auch der kommunalistische Antrag auf Mißbilligung der Erklärung des Außenministers über eine „koloniale Wiederbetätigung Deutschlands“.

Der Haushaltsausschuß des Auswärtigen Amtes und die dazu vom Ausschuß vorgelegten Entschlüsse werden angenommen. In zweiter und dritter Beratung werden auch die mit dem Auswärtigen Etat in der Beratung verbundenen internationalen Verträge angenommen.

Die Entschließung der Wirtschaftspartei über Cupen-Malmwed wird angenommen. Der Schiffsverkehrsvertrag wird dem Verkehrs-ausschuß übergeben.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zur Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister mit 301 gegen 54 kommunalistische Stimmen abgelehnt.

Eine ganze Reihe Anträge und Entschlüsse gehen an die zuständigen Ausschüsse.

Angenommen werden die Ausschluß-Entschlüsse, darunter auch die, die die reichsgesetzliche Vorrichtung der 10-tägigen Arbeitswoche verlangt.

Die meisten dieser Entschlüsse werden mit der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit gegen die bürgerlichen Parteien zur Annahme gebracht.

Nach Bewilligung des Arbeits-Etats in zweiter Lesung wird in zweiter und dritter Lesung der deutsch-österreichische Vertrag über Sozialversicherung angenommen.

Angenommen wird weiter eine Entschließung des So-

zialpolitischen Ausschusses, die eine strenge Untersuchung der Ursachen des Bergwerksunglücks auf der Grube „Schwefel-Revere“ fordert.

Nach einem weiter zur Annahme gelangten sozialdemokratischen Antrag soll den Beamten und Bediensteten die Lehrtätigkeit grundsätzlich unterlagert werden mit Ausnahme von wissenschaftlicher, literarischer und kunstschöpferischer Betätigung.

Damit ist der Arbeits-Etat erledigt. Das Haus verläßt sich auf Mittwoch, 1. Apr.

Politik und Schule.

Berlin, 18. März.

Im Preussischen Landtag, der nach zehnjähriger Pause wieder zusammentrat, leitete Kultusminister Dr. Grimm die zweite Lesung des Kultushaushalts mit einer längeren Rede ein. Er äußerte sich zunächst zu der volksparteilichen Großen Anfrage über die Abhaltung von Reichsgründungsfeiern in den preussischen Schulen, die insbesondere Bezug nimmt auf den Zwischenfall in Frankfurt (Oder). Er erklärte, daß zwar kein allgemeiner Kundentag der Feiern anordnen, an die Schulen ergangen sei, aber die Schulen hätten schon aus der Pflichtenordnung und der Aufgabe der Teilnahme der preussischen Minister an den Feiern entnehmen müssen, daß sie selbstverständlich in irgendeiner Form dieses Tages gedenken dürfen.

Es liege außerhalb der Parteipolitik, daß die Reichsgründung ein bedeutsames Ereignis der deutschen Geschichte sei. Ein selbstbewußter Staat werde auch seine Feiern an seinen Vorfahren haben, wenn er den Kräften der Tradition und den Leistungen der Vergangenheit Respekt erwies.

Der Zwischenfall in Frankfurt (Oder) gehe auf Kompetenzstreitigkeiten zwischen der dortigen staatlichen und städtischen Schulverwaltung zurück. Aber den Frankfurter Regierungsvorständen trotzdem in diesem Zusammenhang weiter behuldliche, spreche aus Unkenntnis oder Verleumdung. Zur deutschnationalen Großen Anfrage über die politische Betätigung der Schüler erklärte der Minister, daß sich zwischen Schülern und den übrigen Leben keine Brandmauer ziehen lasse.

Die Politik habe in der Schule überall da ein Defizit, wo sie zum Mittel der politischen Urteilsbildung benutzt werde, nicht aber zur politischen Beistimmung.

Der Minister wandte sich dann gegen den Nationalsozialistischen Schülerbund und erklärte, daß die Schüler die Zugehörigkeit von Schülern zu staatsfeindlichen Organisationen nicht dulden könne. Zu der Großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Ausschreitungen an preussischen Hochschulen führte der Minister u. a. aus, daß es immer nur kleine Gruppen von Studenten waren, die gehetzt, gefährdet und unangenehm erwidern benommen hätten. Die große Masse der Studenten sei stets ohne Ansehen der Person unverantwortlich Treiben einer Minderheit inoffiziell fern. Gegen Verleumdungen, das akademische Leben zu ruinieren und die Freiheit der Forschung zu untergraben, werde auch in Zukunft mit allen Mitteln eingegriffen werden, wenn es not tue, wiederum mit den Mitteln der Polizei, die dann auch nicht halt machen dürfe vor dem angeblichen Hausrecht der Hochschulen, das es nicht gebe.

Fragen des Schulaufbaus.

Berlin, 17. März.

Eine neue Konferenz über die Fragen des Schulaufbaus und des Berufsaufbaus des Reichsarbeitsministeriums des Innern der vor längerer Zeit veranfaßten Aussprache mit den Wirtschaftsverbänden folgte. Dieses Mal waren die Lehrer- und Lehrerverbände aller Schulstufen, höhere Schule, Mittelschule, Volksschule, Berufs- und Fachschulwesen eingeladen.

Die Vertreter der Verbände wurden durch Ministerdirektor Hellmuth von den Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums des Innern mit Bezug auf einseitige Gestaltung des Schulaufbaus, die Vereinfachung und zweckmäßigere Gestaltung des Berufsaufbaus unterrichtet, über die der unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums des Innern bestehende Ausschuss der Reichsarbeitsverwaltung der Länder bereits im Januar verhandelt hat.

Es ist ein Ausschuss eingeleitet, der die Frage der Vereinheitlichung bearbeiten soll und für dessen Arbeiten die von den Verbänden gestufte und verteilte Arbeit von besonderem Wert sein würden. Dem Problem der Ueberfüllung von höherer Schule und Hochschule durch solche Schüler und Studenten, deren Begabung sie auf mehr praktische Berufe hinweist, kann nur durch eine zweckmäßigere Ausgestaltung des Berufsaufbaus vorgebeugt werden.

Die Vertreter der Organisationen sprachen sich einmütig für die Notwendigkeit eines härteren Vorgehens bei der Bildung des deutschen Schulwesens aus. Auch die vom Reichsarbeitsministerium des Innern entwickelten Grundzüge einer Vereinbarung über die mittlere Reife, durch die den mehr praktisch gerichteten Begabungen der Weg in die Mittelschule des Berufslebens auch über Volksschule und Fachschule geöffnet werden soll, fand grundsätzliche Zustimmung.

Um die deutsche Handelspolitik.

In der Reichstagskammer fand eine Chefsitzung statt, in der das Problem der Genfer Zollkonvention erörtert wurde. Weiterhin wurde ein Bericht über die Wiener

